AWO Unterbezirk Ruhr-Mitte

05.12.2015

AWO fordert breite Integrationsdebatte

AWO-Bundesverband Berlin.

„Es wird im Moment noch viel zu wenig darüber gesprochen, wie wir die vielen Menschen, die zu uns kommen und von denen die Allermeisten bleiben werden, in unsere Gesellschaft integrieren“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende *Wolfgang Stadler* angesichts des am 01. Dezember in Berlin von fünf SPD Frauen vorgestellten „Integrationsplan Deutschland“.

„Die steigende Zahl von Geflüchteten stellt gleichermaßen die Kommunen sowie die betroffenen Einrichtungen
und Dienste vor große Herausforderungen. Mittel- bis langfristig geht es nicht um eine Versorgung, sondern um die gezielte Integration in unsere Gesellschaft“, ist Stadler überzeugt und ergänzt: „Es ist Zeit für eine breite Integrationsdebatte.
Die AWO fordert eine Integration von Anfang an. Bildung und Arbeit müssen im Fokus aller Bemühungen stehen“.

Schon heute sind Familien mit Migrationshintergrund etwa doppelt so häufig armutsgefährdet wie Familien ohne Migrationshintergrund. Neben finanzieller Sicherheit bietet Arbeit eine ideale gesellschaftliche Integrationsmöglichkeit. Die AWO begrüßt ausdrücklich die bisherigen Bemühungen, möglichst vielen Geflüchteten Zugänge in den Arbeitsmarkt zu verschaffen.

„Teilhabe am Arbeitsmarkt bietet die besten Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe“, betont Stadler. Ein Arbeitsmarktprogramm, das sich insbesondere an geflüchteteMenschen wendet, hält Stadler für richtig, allerdings müssten die entsprechenden Grundlagen stimmen. Dazu gehört ein bundesweit geregeltes und flächendeckendes Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache. Dies setzt eine Refinanzierung voraus, die einen entsprechend qualifizierten Unterricht ermöglicht. Auch ein Qualifikationserwerb beziehungsweise -anpassung und die Unterstützung bei der Orientierung auf dem hiesigen Arbeitsmarkt sind unabdingbare Voraussetzungen für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen.

Eine weitere Grundvoraussetzung für die berufliche Integration von geflüchteten Frauen und Männern ist eine gute und verlässliche Kinderbetreuung mit Hilfe von Kitas und der Kindertagespflege. „Eine alltagsintegrierte Sprachförderung ist besser als jeder Sprachkurs“, ist Stadler überzeugt. Vor diesem Hintergrund ist neben der Schaffung neuer Kitaplätze die Frage der Betreuungsqualität wichtiger denn je.

Dementsprechend fordert der AWO Bundesvorsitzende: „Erzieherinnen und Erzieher brauchen bei der Bewältigung dieser neuen Herausforderung Unterstützung in Form von Fort- und Weiterbildung, Therapeuten und Zugang zu Dolmetschern um die notwendige Zusammenarbeit auch mit Eltern gut erfüllen zu können.“

20.000 zusätzliche Stellen wie in dem Integrationspapier gefordert, wären ein großer Schritt in die richtige Richtung, werden aber kaum ausreichen. Kurzfristig müsse es darum gehen den Kindern und ihren Familien bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen Angebote zu machen und Informationen
zur Verfügung zu stellen.
„Wir dürfen die Familien nicht monatelang allein lassen: Eltern-Kind-Gruppen, Spielgruppen, therapeutische Angebote können helfen den Übergang in regelhafte Angebote gut zu begleiten“, so Stadler.

Auch Schulen benötigen Unterstützung bei der Integration der vielen neu ankommenden Kinder. Jedes geflüchtete Kind muss neben dem Erlernen der deutschen Sprache spielerische und ungezwungene Möglichkeiten zur
Kommunikation und Interaktion im Lern- und Lebensraum Schule haben. Dies setzt voraus, dass Schulen finanziell unterstützt werden beim Aufbringen der enormen Strukturkosten für zusätzliches Lehrpersonal, für zusätzliche Räumlichkeiten und zusätzliche Ausstattung.
Die AWO fordert hier eine verstärkte Übernahme der Bildungskosten des Bundes. Zudem müsse der Bund wieder mehr in den Ausbau von Ganztagsschulen investieren und das Kooperationsverbund zwischen Bund und Ländern lockern.

„Das Ziel aller Bemühungen muss es sein, den Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Geflüchtete müssen das Recht bekommen ihr Leben selbst zu gestalten. Nur so

können sie schneller an unserer Gesellschaft teilhaben, was ein Gewinn für alle ist“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende abschließend.

Pressekontakt:
AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin
Telefon: + 49 (0)30 26 309 22